Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 66 (1987)
Heft: 5

Artikel: Thesen für die SPS zur Arbeit und Umwelt : Wettbewerb ja - Monopole nein

Autor: Kappeler, Beat

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340481

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

fluss nicht mehr primär durch Aus- und Abgrenzung, sondern durch die Ausstrahlung und Faszination ihrer Vorschläge und Konzepte gewinnen, ein Postulat, das offenbar von Frauen leichter verstanden werde als von Männern.

Was bedeutet Öffnung der Partei?

Zum Schluss der Tagung und im Anschluss an verschiedene Arbeitsgruppen wurde ein Podium, zusammengesetzt aus Nationalrätin Heidi Deneys, SPS-Vizepräsidentin, Grossrat Rudolf H. Strahm und GBH-Gewerkschaftssekretär Hans Baumann, mit den zentralen Fragen der Tagung konfrontiert. Im Zentrum der Diskussion stand die von Longet und Muralt geforderte Öffnung der Partei; der Grundsatz der Öffnung, der zum Teil schon Tatsache ist, blieb unbestritten. Peter Vollmer allerdings warnte vor einem ideologischen Substanzverlust, während dem entgegengehalten wurde, es gehe nicht um ein Infragestellen sozialistischer Grundwerte, sondern um ein Neuüberdenken traditioneller SP-Positionen in einer sich rasch ändernden Gesellschaft. Heidi Deneys erklärte, die Partei habe etwas Mühe damit, die Alltagsprobleme der Menschen aufzunehmen und trete häufig in der Rolle der Lehrenden und Allwissenden auf. – Für Baumann ist es selbstverständlich, dass die Integration neuer Arbeitnehmerkategorien gerade für die Gewerkschaften zur reinen Überlebensfrage geworden ist; andererseits sei es auch für ihn überraschend, wie auch bei jungen Leuten mit Berufsaussichten in Richtung technisches Kader immer noch die traditionellen Gewerkschaftspostulate (Lohnfragen usw.) eine zentrale Rolle spielten. – Strahm zeigte auf, wie schwierig es sei, eine gewisse veraltete Parteirhetorik über Bord zu werfen; viele Begriffe seien emotionell stark negativ oder positiv geladen, gleichzeitig aber materiell zur Leerformel erstarrt, was eine Auseinandersetzung über wichtige Probleme nicht selten erschwere. Im übrigen kritisierte Strahm, dass die Partei ihre Lösungsvorschläge immer im Hinblick auf die Erringung der absoluten Mehrheit hin konzipiert habe; sie habe noch nicht voll gelernt, schöpferisch aus einer Minderheitenposition heraus zu politisieren.
Tagungsleiter Hans Werder gab am Schluss der Tagung die Absicht der Gruppe bekannt, die Diskussion weiterzuführen.

Leute, die sich für die Mitarbeit in der Arbeitsgruppe Perspektiven interessieren, können sich bei folgender Adresse melden:
SP-Arbeitsgruppe
Perspektiven
Postfach 3140
3000 Bern 7

Thesen für die SPS zur Arbeit und Umwelt

Wettbewerb ja – Monopole nein

Von Beat Kappeler

Damit sich die SPS nicht aus Geschichte und Gesellschaft hinauskatapultiert, muss sie sich klar werden, «dass wir die Gesetze der Geschichte nicht kennen; dass auch der Klassenkampf ein ‹naturwüchsiger› Prozess ist, den keine Avantgarde bewusst planen und leiten kann; dass die gesellschaftliche wie die natürliche Evolution kein Subjekt kennt und dass sie deshalb unvorhersehbar ist; dass wir mithin, wenn wir politisch handeln, nie das erreichen, was wir uns vorgesetzt haben, sondern etwas ganz anderes, das wir uns nicht einmal vorzustellen vermögen; und dass die Krise aller positiven Utopien eben hierin ihren Grund hat. Die Projekte des 19. Jahrhunderts sind von der Geschichte des 20. samt und sonders falsifiziert worden» (H.M. Enzensberger, Kursbuch 52).
Vielleicht ist diese Botschaft eines Linksliberalen nicht für alle Genossen eine Neuigkeit, dennoch handelt die Partei in der symbolischen Ebene der Politik und in Parteitagsresolutionen noch allzu oft, als ob es diese Einsicht nicht gäbe. Sagen wir es offen – es gibt keinen voluntaristisch gesetzten totalen Lebensentwurf, der lebenswert wäre, weil es zu seiner Durchsetzung derart zentrale Machtentscheide bräuchte, dass seine Perversion schon darin begründet wäre. Die menschliche Gesellschaft ist immer die Summe ihrer Geschichte. Änderungen ihrer Marschrichtung fügen sich vektoriell an diese Summe und verschieben sie nur allmählich. Gänzliche Brüche sind immer auch Katastrophen, weil wir nie alle Vektoren im Griff haben.
Allerdings – unter den Projekten des 19. Jahrhunderts, welche das ablaufende Jahrhundert falsifiziert, befindet sich neben

dem Sozialismus alter Schule auch der Kapitalismus. Die Erwartung, freies tauschorientiertes Streben aller sichere ihre bestmögliche Wohlfahrt und enthebe das Gemeinwesen von der Pflicht, aktiv zu werden, liegt begraben neben der Hoffnung auf die Klasse, welche den Geist der Geschichte zu ihren Handen human ergreifen könne. Der Kapitalismus als umfassende Lebensform, als Umwertung aller menschlichen Regungen und Überlegungen in Tauschakte zwecks noch weiterer Akkumulation hat zwar das Leben tatsächlich mit Beschlag belegt, Familien- und Wohnstrukturen, Umwelt und soziale Netze zerrissen, aber keine unsichtbare Hand lenkt das Ganze auf Sinn und Wohlfahrt hin.

Nach beispiellosem wirtschaftlichem Wachstum findet sich die Schweizer Wirtschaft konzentrierter in Händen von noch weniger Machtgruppen als je zuvor, haben weniger Haushalte als je zuvor eigene vier Wände, kann jeder Arbeiter und Angestellte, der materiell das Leben eines Generaldirektors der Zwischenkriegszeit führt (Wagen, Ferien, mechanische Haushalthilfen), wegen Meinungsäusserungen entlassen, wegen Rationalisierungen verschoben und wirtschaftlich vernichtet werden. Dafür hat sich die ökonomische Rationalität aller Lebens- und Politikentscheide bemächtigt.

Umweltschutz, Grundrechte, Sozialleistungen werden nur zugebilligt, soweit sie wirtschaftlich förderlich sind, Eigenwert kommt ihnen nicht zu. Mitten in noch nie erreichtem materiellem Wohlstand peitscht nacktes materielles Zweck-Mittel-Denken immer mehr unserer Lebensbereiche weg vom Leben. Umwelt, Kultur, Erziehung, Bürgerfreiheiten müssen sich den ökonomischen Effizienztest gefallen lassen. Hier ist eine neue totale Lebensform entstanden, die nicht utopisch, sondern real ist. Das Opfern der Gegenwart zugunsten zukünftiger Akkumulation gefährdet nun das ökologische Überlegen überhaupt. Wie lange noch gilt John M. Keynes' Überlegung über «Die wirtschaftlichen Aussichten für unsere Grosskinder»: «Dann können wir einst Ziele vor die Mittel setzen und das Gute dem Nützlichen vorziehen. Aber Achtung! Noch ist die Zeit dafür nicht gekommen. Für mindestens weitere 100 Jahre müssen wir uns und jedermann vorgeben, dass Gut schlecht und Schlecht gut ist. Denn Schlecht ist nützlich, und Gut ist es nicht. Geiz, Wucher und Vorsicht müssen unsere Götter für noch ein bisschen länger bleiben. Denn nur sie können uns aus dem Tunnel wirtschaftlicher Notwendigkeit zum Licht des Tages führen» (1930). Die Hälfte dieser hundert Jahre sind vergangen, und sie brachten schon weit mehr an menschlicher Produktivität im Tausch und Akkumulieren, als Keynes es sich für die weitern 50 Jahre erträumte. Gegenwärtig rationalisieren die Fortschritte der Elektronik den Raum und die Zeit bis in kleinste Nano-Einheiten. Die Ökonomie als Kriterium tritt subkutan ins Leben. On-line-Allverfügbarkeit und Just-in-time-Zugriffe auf Lieferung, Leistung und Wissen öffnen das materielle Füllhorn noch weiter, zerschneiden den Einzelnen aber noch rhythmischer in Arbeitstakte und Kontrollen. Oder lehnt sich die Gesellschaft jetzt zurück und geniesst das Füllhorn?

Wenn eine sozialdemokratische Bewegung gegen einen falschen totalen Lebensentwurf antritt, wie soll sie argumentieren, wenn wir einem totalen willentlich-schlüssigen Gegenentwurf auch nicht trauen?

Effizienz, Zweck-Mittel-Rationalität ist zutiefst menschlich, zutiefst natürlich – jeder Strohhalm trägt dieses Gesetz in sich. Erst die Befolgung dieses Gesetzes gestattet, das Reich der Not zu verlassen und in die Fülle einzutreten, welche die verschwenderische Natur auch kennt. Ebenso menschlich ist aber auch das Zusammenhalten. Die Solidarität mit der eigenen Art ist ihrerseits natürlich. Ziel sozialdemokratischer Haltung muss es sein, die Zweck-Mittel-Rationalität des Tauschs und der Akkumulation als Überwindung des Reichs der Not zu gebrauchen, aber sofort zurückzuweisen, wenn Zusammenhalt, Grundrechte eines jeden und langfristiges Überleben aller im Spiel sind.

Die SPS würde der Anwalt der Ökonomie als Instrument und des Ausserökonomischen als Platz des Lebens. Gegenüber der realen totalen Lebensform des Ökonomischen muss sie also die Vielfalt bringen. Dazu darf sie aber nicht vordringlich mit dem Nicht-ökonomischen kommen, im Gemeinderat immer «Sozialwesen und Kulturelles» übernehmen. Sondern sie muss im Gegenteil diesen Entwurf der Vielfalt ins gegenwärtige totale System der Ökonomie hineintragen.

1. *Die Wirtschafts- und Besitzstruktur* soll neben den Konzernen und der Konzentration geprägt sein durch neue Selbständige, neue Unternehmen, durch Genossenschaften, Partnerschafts-Aktiengesellschaften, durch Wohneigentum für jeden Haushalt. Die SPS kämpft für das Wettbewerbssystem und gegen Kartelle und Monopole auch beim Staat, sofern nicht technische Zwänge auftreten.

2. Die SPS wirkt auf *Konsumformen und soziale Sicherungen* hin, die nicht nur obligatorisch, sondern möglichst freiheitlich sind. Warum sollen alle Lehrlinge obligatorisch turnen und erst noch im Unterschichts-Habitus des Turnhallen-Sports statt Tennis zu spielen? Warum sollen wir, obwohl wir länger leben,

immer früher pensioniert werden, obligatorisch, obwohl stattdessen alle Arbeitsjahre ein Monat mehr Ferien möglich würde. Flexibilisierung und Vielfalt im Verbrauch und im sozialen Sicherungssystem, Einsatz der Selbstverantwortung oberhalb eines allgemeinen Grundnetzes – dies bringt Freiheit. Sie muss aber gegen die Kartelle, Monopole und Konzerne, gegen Besitzes- und Vermögenskonzentrationen erkämpft und möglichst in die Hand des Einzelnen zurückgelegt werden, anstatt durch eine noch weitergehende Ökonomisierung weitergetriebene neoliberalen Zuschnitts. Das ist das alte Ziel der SPS, aber in neuer Form. Sie wird damit zur Hüterin der immerwährenden Tugenden der Liberalität jenseits aller Moden. Sie wird die Kraft, welche die 1789 formell erkämpften Grundrechte in der Ökonomie verwirklicht. Angesichts der Perversion der kapitalistischen Utopie des 19. Jahrhunderts im 20 Jahrhundert ist die einzige glaubhafte Radikalität die Liberalität.

3. *Die technische Entwicklung* muss ebenfalls durch die Vielfalt ihrer Träger in Wettbewerb gesetzt werden, welcher dann eine individuelle und gesellschaftliche Auswahl erlaubt. Auch hier kennt keine staatliche Behörde das Ziel der Geschichte, aber Hunderte forschender Firmen, von Universitäten und Individuen werden die überlebensentscheidende Forschung irgendwo hervorbringen. An der SPS liegt es, die wirtschaftliche und staatliche Struktur so vielfältig zu halten, dass die richtige Forschung sich zeigt und nicht von Mächtigen erstickt werden kann. Das irritierte Zögern der SPS und des Staates vor den neuen Techniken hat auch hier die Refeudalisierung des ökonomischen Systems verstärkt – die grossen Firmen sind heute Träger der Weiterbildung und Anwendung. Der Einzelne erhält seine persönliche Qualifikation nicht länger vom öffentlichen Bildungssystem, sondern von seiner Integration in die Ökonomie.

Die Mitglieder der SPS müssten in dieser Optik der Vielfalt in die produzierende und dienstleistende Wirtschaft eintreten, Rollen übernehmen, mitgestalten, und wir müssten unter jenen, die in diesen Rollen schon stecken, alle gewinnen, die ebenfalls für die Bewahrung des Lebens über dem reinen Tausch eintreten und für die Liberalität und die Autonomie des Individuums eingestellt sind. Die SPS ist marginal, weil ihre Mitglieder in diesem Prozess marginal sind. Auch die Führung der SPS hat seit 10 Jahren die Themen der Debatten und der Politik zu oft auf Kritik im Sinne der alten totalen Utopie, oder handkehrum auf die Kritik an einzelnen personellen Vorgängen gesetzt und diese zu parteigefährdenden internen Debatten aufgeblasen. Man hat die grossen Debatten um Kartelle, Aktienrecht, Unternehmensgestaltung, Vermögens- und Einkommenskonzentration nur als parlamentarische Vorlagen und punktuelle Abstimmungen geführt. Das Herz war nicht dabei, das Parteileben und Parteidenken blieb davon unberührt. Der neoliberalen Rückbesinnung auf Effizienz, Leistung und Individualität hatte man nur ein «Ja-aber» entgegenzusetzen und liess sich mit der Liberalität das ureigenste Zielgebiet besetzen.

Die Drittwirkung der Grundrechte, in Deutschland verwirklicht, im neuen Verfassungsentwurf vorgeschlagen, ist eines der konkreten Themen sozialdemokratischer Politik. Damit zwingt sie die Ökonomie hinter die Person, das Individuum vor den modernen Moloch der tauschwirtschaftlichen Totalität.

Die folgenden Thesen zu Arbeit und Umwelt zeigen konkrete Instrumente und Politiken auf, welche das Licht der sozialdemokratischen Ziele von Liberalität und Solidarität in den Nebel der nächsten paar Jahre vorblenden sollen.

Thesen zu Arbeit und Umwelt

Da die Zentralisierung von Macht Missbräuche wie Unfreiheit, falsche Struktur und Technikoptionen, Mandarinentum und Grosstechnik herausfordert, fördert die SPS künftig die Dezentralisierung von Macht nicht nur im politischen Bereich (Föderalismus, Pluralismus), sondern auch im wirtschaftlichen Bereich. Dazu gehören:

- staatliche Einrichtungen, welche Kleinunternehmen fördern oder nicht benachteiligen. Einfache Vorschriften, Kontrollen, Steuersystem ohne Bevorzugung kapitalintensiver Firmen. Verfügbarer Boden, Abschaffung der Kapitalakkumulation in Zweiter Säule.
- Kampf für eine echte Wettbewerbsordnung mit weniger Kartellen und Monopolen.
- Streuung des Eigentums an Produktionsmitteln durch Massnahmen des Gesellschaftsrechts, der Gründungshilfe, der Belegschaftsbeteiligung oder Übernahme.
- Streuung des Wohneigentums. Laufender Abriss der 50 Jahre alt werdenden Mietblöcke zwecks Reihenhausbau. Zweite Säule als Hypothekarbriefzentrale hierzu, soweit sie schon besteht. Einbau des Informatik- und Kommunikationsrückgrats in diese neuen Wohnstrukturen, zwecks Mobilitätssenkung.

Da die informatikgestützte neue Wirtschaft alte Unterordnungsverhältnisse stützt und neue Abhängigkeiten bringt, da sie andererseits auch grosse Chancen für mehr persönliche Freiheit, Kreativität und Umweltgerechtigkeit bietet, setzt sich die SPS ein für

● die Herabsetzung der Normalarbeitszeit, um die Arbeitsgelegenheiten trotz Rationalisierungswirkungen neuer Technik allen zu sichern und um Wachstum umzulenken auf Zeit statt Geld.

● Aktive Ausgestaltung flexibler Arbeitsmöglichkeiten unter Sicherungen im Arbeitsrecht (kein KAPOVAZ, Mitsprache, Volumengarantie, anteilige Sozialsicherung, keine Sonntagsarbeit, keine Nachtschichten für Beschäftigte mit Familienpflichten, Zeitkompensation für Schichtarbeit).

● Breite Berufsbildung unter Annäherung der verschiedenen Oberstufenbildungszüge, formalisierte Weiter- und Wiedereinstiegsbildung für alle.

● Drittwirkung von Grundrechten.

● Eigene Mitgliederrekrutierung unter den neuen Dienstleistern der oberen Tertiärbranche (Kader der Informatikgesellschaft) und der unteren Etage (Reinigung, Verkauf, Freizeitanlagenbeschäftigte – meist Fremdarbeiter der 2. Generation).

● Einsichtsrecht in informatisierte Prozesse und gespeicherte Inhalte für Bürger, Belegschaft, Interessierte, Datenschutz.

Da die Rettung der Umwelt dort einsetzen muss, wo die Bedrohung herkommt, muss einerseits durch Gebote und Verbote auf die Hersteller, andererseits durch Steuerung des Massenkonsums (Verkehr, Abfall, Energie, Raum) gehandelt werden.

● Gebote und Verbote an Hersteller wirken rasch auf die Technikentwicklung, direkt auf die Handelnden und umgehen Rationalisierungen über Preis und Steuern, welche bei ungleicher Einkommensstreuung ungerecht sind.

● Positive Impulse auf Technikentwicklung durch die Öffentlichkeit sollen die Verbotspolitik ergänzen.

● Abgaben, Lenkungssteuern sollen einwirken, wo Einkommenseffekte zu vernachlässigen sind und wo allenfalls der Mindestverbrauch befreit wird.

● Es gibt kein neues Konsumverhalten ohne umweltgerechte Verbrauchs- und Arbeitsstrukturen: Wohnformen, -eigentum, Informatik statt Transporte, Arbeitszeitverkürzung, -flexibilisierung. Restriktive Einwanderungspolitik.

Sozialdemokratische Perspektiven: Thesen zur Rolle eines Staates

Wir brauchen eine bessere Politik

Von Peter Hablützel

In der politischen Diskussion der Sozialdemokratie und der Linken überhaupt stellt die Rolle des Staates seit jeher einen zentralen Konfliktpunkt dar. Viele Flügelbildungen und Spaltungstendenzen haben in unterschiedlichen Einschätzungen der Staatsfunktion ihren Ursprung. Oft ergeben sich aber auch Missverständnisse, weil die Interpretation der Vergangenheit, die Analysen der Gegenwart und die Hoffnungen oder Befürchtungen für die Zukunft miteinander vermischt werden. Die folgenden Thesen möchten zur Klärung unseres Verhältnisses zum Staat beitragen.

1. Die Entwicklung vom autoritär-feudalen Ständestaat über den bürgerlich-demokratischen Rechtsstaat zum modernen Sozial- und Dienstleistungsstaat stellt unbestrittenermassen eine historische Errungenschaft dar. Sie hat breiten Kreisen der Bevölkerung politische Mitsprache, mehr materielle Lebenschancen und soziale Sicherheit gebracht. Diese Errungenschaften müssen verteidigt und in mancher Hinsicht noch weiter ausgebaut werden, denn sie stellen die Voraussetzung für die individuelle Freiheit und den sozialen Ausgleich dar.

2. Die Arbeiterbewegung hat mit ihrer Doppelstrategie von Opposition und Integration viele Erfolge erreicht. Aber gerade ihre Erfolge haben sie von einer teilweise revolutionären Gegenmacht zu einem Ordnungs- und Legitimationsfaktor des (immer noch kapitalistischen) Systems werden lassen. Die politische Einbindung bis hin zur Regierungsbeteiligung auf allen staatlichen Ebenen ist dabei nur eine Seite; mindestens so bedeutsam ist die «gesellschaftliche Konkordanz»: Das neokorporatistische Arrangement der Gewerkschaften mit den Arbeitgebern (Arbeitsfriede usw.), die Aussöhnung der Lohnabhängigen mit ihrem Status durch die «Segnungen» der Konsumgesellschaft, die Einebnung der Klassengegensätze und der Zerfall der Arbeiterkultur.

3. Der Einfluss der Arbeiterbewegung in politischen und sozialen Entscheidungsprozessen beruhte nicht nur auf ihrer aktiven und konstruktiven Mitarbeit in staatlichen und in sozialpartnerschaftlichen Gremien, sondern vor allem auf ihrer potentiellen Oppositionskraft. Seit den 70er Jahren spüren wir, dass unser Einfluss in diesen Gremien nachlässt. Weil wir die Kraft zur politischen, sozialen und kultu-